



ACADEMIA ENGELBERG

Neunter Wissenschafts Dialog, 13. bis 15. Oktober 2010 in
Engelberg, Schweiz

**Francis Cheneval, Prof., University of Zurich, Department of
Philosophy, Zurich, Switzerland**

Demokratie: Gegenwart und Zukunft

Demokratiethorie und -praxis weisen traditionell eine solidarische und nach innen gerichtete Sicht bezüglich der Leute auf. Sie lassen die Völkervielfalt unbeachtet und vernachlässigen die Tatsache, dass die Beziehungen zwischen den Völkern und verschiedenen Leuten ein wichtiger Bestandteil demokratischer Regierungen ist. Oder anders formuliert: Wenn die Aussenbeziehungen auf undemokratische Weise geführt werden, können sie zu einem Trojanischen Pferd werden, das die nationalen demokratischen Prozesse gefährdet.

In den vergangenen Jahren hat die zunehmende Bedeutung der transnationalen Beziehungen und der multilateralen Problemlösung diese einfache Wahrheit weiter in den Vordergrund des öffentlichen Diskurses gerückt. Wir sind uns nun bewusst, dass Entscheidungen im Bereich der Aussenbeziehungen besser in die nationalen demokratischen Überlegungen und Entscheidungsfindungen integriert werden müssen.

Problemlösungsprozesse und gemeinsame Regierung müssen – wenigstens von demokratischen Völkern – die demokratischen Anforderungen erfüllen und können nicht nur mit traditioneller Diplomatie und staatlichen Beziehungen stattfinden.

Aufgrund der Vielfalt und gegenseitigen Abhängigkeit der Völker soll in meinem Beitrag Demokratie als Demokratie verstanden werden. Es soll darum gehen, den Mehrwert eines Regierungskonzepts bei einer Völkervielfalt herauszuarbeiten und nicht desjenigen eines einzigen, unzertrennlichen Volkes.

Zuerst soll am Beispiel der Schweizer Demokratie die Theorie und Wirklichkeit der Demokratie als gemeinsame Regierung von Völkern illustriert werden. Dabei können wir zwei Konzepte



zusammenbringen, die oft getrennt voneinander Anwendung finden und als Gegensätze betrachtet werden: Föderalismus und Demokratie.

Ferner soll die Konferenz aufzeigen, dass die Idee einer gemeinsamen Regierung der Völker möglicherweise eine grosse Zukunft hat, da sie darauf abzielt, die gegenläufigen und störenden Prozesse der Globalisierung und Aufteilung zu beruhigen und zu integrieren. Jegliche Politik ist „global“. Das Bedürfnis nach einer gemeinsamen Regierung der Völker nimmt zu, es gibt aber auch ein starkes Engagement der Bürgerinnen und Bürger gegenüber besonderen Völkern oder kleineren politischen Gemeinschaften.

Demokratie versucht, diese Herausforderung im Rahmen einer Theorie zu meistern, die sowohl die Völker als auch die Bürgerinnen und Bürger als legitime Akteure der Demokratie betrachtet.

Der Vortrag wird mit einigen Überlegungen hinsichtlich der Bedingungen für eine Demokratie im politischen Umfeld inner- und ausserhalb der Europäischen Union enden.